



Detailansicht des Registereintrags

Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

Aktuell seit 31.03.2026 16:14:21

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003642
Ersteintrag:	21.03.2022
Letzte Änderung:	31.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	02.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Internationaler Bund e.V. Valentin-Senger-Straße 5 60389 Frankfurt Deutschland Telefonnummer: +496994545100 E-Mail-Adressen: info@ib.de Webseiten: www.ib.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Internationaler Bund e.V. Repräsentanz der ZGF Hannoversche Straße 19 A 10115 Berlin Telefonnummer: +49302140960 E-Mail-Adresse: RZGF@ib.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

230.001 bis 240.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,85

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Thiemo Fojkar**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Karola Becker**
Funktion: Mitglied des Vorstands
3. **Janine Krohe**
Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (32):

1. **Julia Aertken**
2. **Dirk Altbürger**
3. **Leila Becker**
4. **Kira Bisping**
5. **Sterenn Coudray**
6. **Rosina Dittrich**
7. **Stefanie Füchter**
8. **Andrea Hartig**
9. **Olav Homburg**
10. **Sascha Horn**
11. **Carsten Hübscher**
12. **Daniela Keeß**
13. **Jochen Kramer**
14. **Stephanie Raptarchis**
Tätigkeit bis 02/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

15. **Michael Reiter**
16. **Olaf Rother**
17. **Verena Schneeweiß**
18. **Richard Schottdorf**
19. **Lena Seidel**
20. **Stefanie Weber**
21. **Sandra Bouatra**
22. **Noah Matthias Lindner**
23. **Lea Schöllmann**
24. **Hannes Stolte**
25. **Tugrul Kilinc**
26. **Maliek Hannachi**
27. **Elif Genc**
28. **Julius Möhring**
29. **Luca Huck**
30. **Thiemo Fojkar**
31. **Karola Becker**
32. **Janine Krohe**

Gesamtzahl der Mitglieder:

517 Mitglieder am 01.07.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (52):

1. AFET Bundesverband für Erziehungshilfen e.V.
2. Berlin Lounge
3. Bitkom e.V.
4. Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit
5. Bundesinitiative Energieeffizienznetzwerke der Bundesregierung
6. Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement
7. Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Unternehmensverband Deutschland e.V.
8. Charta der Vielfalt e.V.
9. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
10. Didacta Verband e.V.
11. Europäische Bewegung Deutschland e.V.
12. Europäischer Verband Beruflicher Bildungsträger e.V. EVBB
13. Nationale Armutskonferenz

14. Veranstalterkreis deutscher Weiterbildungstag
15. Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendhilfe
16. Arbeitsgruppe Auswärts Zuhause
17. Arbeitskreis der Bundestutoren der Jugendmigrationsdienste
18. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.
19. BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V.
20. BFD Zentralstellensitzung (z.T. mit BMFSFJ/BAFzA)
21. Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnortnahen Beruflichen Rehabilitationseinrichtungen (BAG WBR)
22. Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung (BAG UB) e.V.
23. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) e.V.
24. Bundesarbeitskreis FSJ
25. Bundesfreiwilligendienst Beirat
26. Kooperationsverbund gesundheitliche Chancengleichheit
27. Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
28. Bundesverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.
29. Bundesverband Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen e.V.
30. Bündnis für gute Pflege
31. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
32. Deutscher Weiterbildungstag (Arbeitsgemeinschaft)
33. Deutsches Jugendherbergswerk
34. Deutsches Jugendinstitut
35. Facharbeitskreis Nachqualifizierung (FAK NQ) e.V.
36. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
37. Kooperationsverbund Schulsozialarbeit
38. Kuratorium Dekade Alphabetisierung und Grundbildung
39. National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
40. Themennetzwerk Flucht (bzw: Themennetzwerk Flüchtlingskinder)
41. Nationalen Armutskonferenz
42. Netzwerk lebensweltorientierte Vorhaben im BMBF/BIBB
43. Programmspezifische Arbeitsgruppe BMFSFJ / Jugendsozialarbeit
44. Programmspezifische Arbeitstreffen Gemeinwesen orientierte Integrationsprojekte (gwo) Zentralstellen
45. Trägertreffen Bundesagentur für Arbeit
46. Verbändetreffen Integrationskurse im BAMF
47. Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO) e.V.
48. Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit
49. Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit
50. Dialog Praxisnetzwerk für Innovation und Wissenstransfer des DIE
51. Trägerkonsultation Inklusive Lösung des BMFSFJ
52. AG Jugendmigrationsdienste des BMFSFJ

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Wohnen; Freiwilligendienste in Deutschland und International

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Internationale Bund ist ein Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland. Als zivilgesellschaftlicher Akteur ist der IB an einem konstruktiven Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft interessiert, um die Grundsätze und Werte, denen sich der IB selbst verpflichtet hat, mit Leben zu füllen. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Mitgliedern des Bundestages und Vertreter*innen der Bundesministerien geführt, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit des IB vor Ort im Sinne seiner Kund*innen/ Klient*innen sowie auch seiner Mitarbeiter*innen der Jugend-, Sozial und Bildungsarbeit zu verbessern.

Die Arbeit des IB – auch seine politische Lobbyarbeit – zielt darauf ab, den Sozialstaat angesichts der multiplen Herausforderungen zu stärken. Die Angebote und Maßnahmen des IB bieten bedarfsgerechte Hilfen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Der IB unterstützt Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren*Seniorinnen dabei, ein selbstverantwortetes Leben zu führen – unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Dabei geht es unter anderem um Präventions- und Unterstützungsangebote für vulnerable Personen und Teilhabemöglichkeiten durch Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt. Zudem nimmt der IB durch seine vielfältigen Geschäftsfelder die Fachkräftesicherung ganzheitlich in den Blick. Dabei spielen ineinandergreifende Strukturen, Angebote der frühkindlichen Bildung, ein durchlässiges Bildungssystem, Möglichkeiten sowie Zugänge der Weiterbildung, Unterstützungs- und Integrationsleistungen für Menschen in Grundsicherung sowie Geflüchtete und nachhaltige Fachkräfteeinwanderung eine übergeordnete Rolle. In allen Geschäftsfeldern verankert der IB Demokratiestärkung, politische Bildung und diskriminierungskritische Arbeit und stärkt so den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Als Nichtregierungsorganisation bringt der IB seine jahrzehntelange Erfahrung und damit die Sicht der Praxis in den Gesetzgebungsprozess ein und gibt Impulse für Verbesserungen. Im Rahmen seiner Interessenvertretung weist der IB stetig darauf hin, dass die Maßnahmen, Angebote und auch die Bundesprogramme immens wichtige gesellschaftsrelevante Aufgaben erfüllen. Um diese Aufgaben adäquat erfüllen zu können, braucht es die finanziellen Mittel. Auch dafür macht sich der IB stark. Im Zuge dessen werden bilaterale Gespräche mit den Mitgliedern des Bundestages sowie mit Vertreter*innen der Bundesministerien geführt und darüber hinaus Veranstaltungen durchgeführt, wie zum Beispiel parlamentarische Frühstücke und Fachveranstaltungen, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreter*innen der Ministerien eingeladen werden.

Ebenfalls werden Stellungnahmen und Positionspapiere zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (18)

1. Einführung Demokratiefördergesetz

Beschreibung:

1. Eine gesetzliche Grundlage zur Förderung von Demokratiefördermaßnahmen einführen.
2. Demokratieförderung als dauerhafte Aufgabe aufgrund von national und international zu beobachtenden demokratiefeindlichen Tendenzen auf Bundesebene verankern.
3. Etablierte Programme wie Respekt Coaches sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu berücksichtigen, damit bewährte Strukturen aufrechterhalten sowie weiterentwickelt werden können.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

2. Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes

Beschreibung:

1. Die Förderung für Teilnehmende einer Aufstiegsfortbildung im Rahmen des AFBG verbessern.
2. Die Aufstiegsfortbildungen in die Basis-Weiterbildungsförderung Beschäftigter (§ 82 Sozialgesetzbuch III) einbeziehen und dadurch eine Förderung nach dem AFBG ersetzen.
3. Auf die Notwendigkeit hinweisen, die berufliche Weiterbildung als vierte Säule des deutschen Bildungssystem institutionell auszugestalten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 18.03.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AFBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405270017 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)

[alle SG dorthin]

3. SGB III - Modernisierungsgesetz

Beschreibung:

1. Auf verfassungsrechtliche Grenzen hinweisen, die bei der Umwidmung von bisher steuerfinanzierten allgemeinen Staatsaufgaben in beitragsfinanzierte spezifische Aufgaben der Sozialversicherten entstehen und die im Regelungsvorhaben zulasten der Sozialversicherungsbeitragszahlenden wohl missachtet werden.
2. Eintreten für die institutionelle Aufrechterhaltung und Stärkung der kommunalen Jugendberufshilfe i.S.d. arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit unter gleichzeitiger Ablehnung einer Ausgestaltung der Bundesagentur für Arbeit zu einem neuen "Bundesjugendamt".
3. Befürwortung einer Rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit am Übergang von Schule in den Beruf, allerdings mit ausschließlicher koordinierenden Rolle der bei den Kommunen angesiedelten öffentlichen Jugendhilfe i.S.d. SGB VIII

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung

Datum des Referentenentwurfs: 18.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408070021 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. Entwurf für weiterentwickeltes KiTa-Qualitätsgesetz fortschreiben und zu einem Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweiten Standards weiterentwickeln

Beschreibung:

Der IB begrüßt die Fortschreibung der Investitionen des Bundes in den frühkindlichen Bereich ausdrücklich, um eine bundesweite Strukturqualität zu entwickeln. Leider fehlt die Festschreibung von Standards, die eine gleichwertige Bildung für Kinder in frühkindlichen Einrichtungen bundesweit ermöglichen würden. Dringend erforderlich ist die Anrechnung von Ausfallzeiten des Personals, um eine gebotene Fachkraft-Kind-Relation zu verwirklichen. Darüber hinaus ist eine verlässliche Fachberatung zur Qualitätssicherung und eine Profilstelle für Sprachbildung und weitere Bildungsbereiche pro Kita erforderlich, um den gestiegenen Bedarfen in den Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur periodengerechten Veranschlagung von Zinsausgaben im Rahmen der staatlichen Kreditaufnahme und eines Dritten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung

Datum des Referentenentwurfs: 18.07.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KiQuTG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409230004 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit mit ausreichender Finanzierung und klar definierte Verantwortlichkeiten ausstatten

Beschreibung:

Der Internationale Bund (IB) unterstützt den Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit. Seine Kritik zielt vor allem auf den Mangel an konkreten Maßnahmen und finanziellen Mitteln. Der IB betont, dass die Umsetzung ambitionierter Ziele wie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und umfassende soziale Unterstützung nur durch eine ausreichende Finanzierung und klar definierte Verantwortlichkeiten in allen beteiligten Ressorts und auf allen politischen Ebenen gelingen kann.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409300231](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Recht auf Freiwilligendienst umsetzen

Beschreibung:

Der IB setzt sich für einen Rechtsanspruch auf einen geförderten Freiwilligendienst für alle Interessierten ein.

Betroffenes geltendes Recht:

BFDG [alle RV hierzu]; JFDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Freiwilligendienste in Deutschland und International

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410080018 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Gesamtprogramm Sprache stärken**Beschreibung:**

Mehrbedarfe für nachhaltig erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Arbeitseinwanderung und Fachkräfteeinwanderung erfordern eine deutlich bessere Finanzierung für das staatliche Gesamtprogramm Sprache.

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410090014 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. Gesetz zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (IKJHG) umsetzen

Beschreibung:

Der Referentenentwurf wird vom IB als wichtiger Kompromiss gesehen, weswegen er sich für eine Verabschiedung des Gesetzes ausspricht. Begrüßt werden unter anderem die Gleichziehung von Altersgrenzen, die Kostenbeitragsfreiheit ambulanter Angebote, Verstetigung der Verfahrenslots*innen und die Ersetzung des Begriffs "Heimerziehung". Allerdings mahnt der IB gleichzeitig an, dass noch entscheidende Schritte für eine wirklich inklusive Lösung gegangen werden müssen. Zwar befinden sich mit dem aktuellen Entwurf alle Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe, es bleibt jedoch bei der Versäulung in Leistungskatalogen (§27 und §35a-i) und Schnittstellenproblematiken, insbesondere zur Pflege, bleiben bestehen.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/14343 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz - IKJHG)

Zuständiges Ministerium: [BMFSFJ \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): [Gesetz zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe \(Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz - IKJHG\) \(20. WP\) \(Vorgang\)](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB9uaÄndG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGB 1](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGB 2](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGB 5](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGB 14](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGGÄndG 6](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2410180013](#) [\(PDF - 9 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. **IB-Positionen zum Bundeshaushalt 2025**

Beschreibung:

Drohende Mittelkürzungen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen abzuwenden und weitere IB-Forderungen einzubringen.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/12400 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: [BMF](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#); Freiwilligendienste in Deutschland und International

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2410180022](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2411200006](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

10. **Einführung eines Tariftreuegesetzes**

Beschreibung:

1. Befürwortung des Bundes-Tariftreuegesetzes als unverzichtbares Instrument zur Beseitigung unfairer Wettbewerbsnachteile für tarifgebundene Unternehmen bei Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen sowie zur Bekämpfung von Lohndumping.
2. Forderung nach einer Ausweitung des Anwendungsbereiches über Aufträge und Konzessionen im engeren gesetzlichen Sinne hinaus auf alle öffentlich finanzierten Sach- und Dienstleistungen hinaus (z.B. auch Sozial- und Arbeitsmarktdienstleistungen nach Zuwendungs- und Zulassungsrecht).
3. Vorschlag, dass als Referenztarifvertrag nach dem Bundes-Tariftreuegesetz neben Tarifverträgen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auch Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und einzelnen Arbeitgeber ("Haustarifverträge") zugelassen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14345 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2411110012 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2508050032](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

11. **Einsparungen im Integrationskursystem durch fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung abwenden**

Beschreibung:

1. Erhalt von Spezial-Integrationskurstypen zum einen für Jugendliche bzw. junge Erwachsene sowie für Eltern bzw. Frauen.
2. Erhalt der grundsätzlichen Möglichkeit zur Wiederholung eines begrenzten Unterrichtsstundenkontingents für alle Teilnehmendengruppen in Integrationskursen , sodass z.B. pädagogisch erforderliche Rückstufungen weiterhin möglich sind.
3. Erhalt der grundsätzlichen Möglichkeit für einen Fahrtkostenzuschuss für Teilnehmende an Integrationskursen, bei denen ein entsprechender Bedarf vorliegt.

Referentenentwurf:

Fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung (20. WP) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 10.10.2024

Federführendes Ministerium: [BMI \(20. WP\) \[\\[alle RV hierzu\\]\]\(#\)](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[IntV \[\\[alle RV hierzu\\]\]\(#\)](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2411140015](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Beschreibung:

1. Darauf aufmerksam machen, dass die neu ins Aufenthaltsgesetz eingefügten Instrumente zur Erleichterung der Fachkräfteeinwanderung tatsächlich nicht in dem erwarteten Umfang greifen.
2. Forderung nach einer Evaluierung der neuen Instrumente drei Jahre nach ihrer Einführung und eine entsprechenden Anpassung des Gesetzes.
3. Forderung nach einer wirksameren Ermöglichung der Einwanderung von Menschen mit nachhaltiger Berufserfahrung auch ohne im Heimatland staatlich anerkannter Berufsqualifikation (z.B. nach einem Punktesystem oder abhängig von einem Arbeitsvertrag mit einem inländischen Arbeitgeber).

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/6500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

13. Die Positionen und Erwartungen des Internationalen Bundes im Rahmen der Bundestagswahl 2025

Beschreibung:

Der Internationale Bund veröffentlicht zum Wahljahr 2025 ein Eckpunktepapier. Es soll den Parteien und Fraktionen die wesentlichen IB-Positionen verdeutlichen.

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]; Freiwilligendienste in Deutschland und International

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2501220018 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. Übergangsregelung für Lehrtätigkeiten

Beschreibung:

1. Befürwortung einer gesetzlichen Übergangsregelung, um den Bildungseinrichtungen und Lehrkräften die Zeit für notwendige Anpassungen einzuräumen.
2. Das Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Einzelfallgerechtigkeit und willkürlichen Dezsionismus, es daher im Zweifel die durch das Bundesverfassungsgericht gezogenen Grenzen verfassungsmäßiger Auslegung von Gesetzen überschreitet und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger verfassungswidrig verletzt.
3. Forderung an den Gesetzgeber für mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu sorgen, indem der Gesetzesbegriff der Beschäftigung (§ 7 SGB IV) präziser und unmissverständlicher gefasst wird, z.B. wie § 2 Absatz 2 BeschDG-RE durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Oktober 2024)

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/14744 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/12789, 20/13250, 20/13439
Nr. 4 - Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

15. Konkrete Reformvorschläge Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV)

Beschreibung:

Anregungen zur Weiterentwicklung der AZAV in folgenden Bereichen:

- Maßnahmezulassung
- Bürokratieabbau und schlankeren Verfahren
- Personal in der Weiterbildung
- Finanzierung
- Gruppengröße
- Rahmenbedingungen

Die AZAV ist ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung, leidet aber unter übermäßiger Bürokratie, unflexiblen Regelungen und strukturellen Fehlsteuerungen. Die Broschüre fordert eine praxisnahe, entbürokratisierte und sozial gerechte Weiterentwicklung der Verordnung.

Betroffenes geltendes Recht:

AZAV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511200020 (PDF - 38 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

16. Fachkräfte sichern, Integration beschleunigen!**Beschreibung:**

Mittel für Integartionskurse für 2025 erhöhen

Mittel für Integrations- und Berufssprachkurse für 2026 erhöhen

Kostenerstattung erhöhen statt senken

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511200021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

17. Social Media für Jugendliche: befähigen statt verbieten**Beschreibung:**

Der IB lehnt ein generelles Verbot von Social Media für Jugendliche ab, da es adultistisch, pädagogisch und rechtlich problematisch wäre. Stattdessen sind verantwortungsvolle Regulierung erforderlich, die Plattformen in die Pflicht nimmt. Fachkräfte und Eltern müssen befähigt, Jugendliche gestärkt und eingebunden werden, damit eine eigenverantwortliche Nutzung gelingt.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2603310175](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSF) [\[alle SG dorthin\]](#)

18. **Wohnen. Fördern. Vertrauen - für eine zukunftsfähige Grundsicherung im SGB II**

Beschreibung:

Der IB fordert, die Lebensrealität junger Menschen und ihrer Familien in prekären Lebenslagen in der Gesetzgebung ernst zu nehmen. Existenzsichernde Leistungen wie die Übernahme der Wohnkosten und der Regelsatz dürfen nicht zur Disposition stehen. Die Jugendsozialarbeit kennt die Lebensrealitäten dieser Zielgruppe und braucht einen adäquaten Platz in der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit.

Junge Menschen brauchen Sicherheit-nicht Sanktionen'!

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 21/3541](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Zuständiges Ministerium: [BMAS](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 2](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2603310179](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.03.2026 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

30.001 bis 40.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[E-Kopie-Kurz-JA-2024-IB-e-V_LR.pdf](#)